



**Sozialdemokratische Partei des Kantons Bern**

Monbijoustr. 61, Postfach 1096, 3000 Bern 23, Tel. 031 370 0780, Fax 031 370 0781,

E-Mail: [sekretariat@sp-be.ch](mailto:sekretariat@sp-be.ch)

## **Mediendokumentation**

# **Reform und Innovation**

**Legislatur 2002-2006**

**Schlussbilanz**

**Medienkonferenz der SP-Grossratsfraktion**

**Montag, 9. Januar 2006**

## **Text von Andreas Rickenbacher, Fraktionspräsident**

Es gilt das gesprochene Wort

## **Reform und Innovation**

Die SP-Fraktionsleitung wird den Ablauf der Medienkonferenz wie folgt gestalten:

- Einführung/Gesamtüberblick (Andreas Rickenbacher, Jens)
- Direktionen STA, JGK, POM und FIN (Bernhard Antener, Langnau)
- Direktionen ERZ und GEF (Margreth Schär, Lyss)
- Direktion VOL, BVE und Abschluss (Andreas Rickenbacher, Jens)

Es ist bereits zur Tradition geworden, dass die SP-Fraktion jeweils nach Beginn, in der Mitte und am Schluss einer Legislatur in Form einer Medienorientierung in aller Öffentlichkeit sich selber politische Ziele setzt und dann auch Bilanz über die Zielerreichung zieht. Aus unserer Sicht haben die Bürgerinnen und Bürger Anspruch darauf zu wissen, mit welchen Zielen eine Partei in die Legislatur startet und ob diese erreicht werden konnten oder nicht.

Sie können sich sicher vorstellen, dass die Erarbeitung dieser Legislaturziele und deren Bilanzierung jeweils zur Legislatur-Halbzeit und jetzt eben auch am Schluss, von den Milizpolitikerinnen und –politikern einen grossen Arbeitsaufwand nötig macht. Wir finden es aber in unserer heutigen offenen Demokratie wichtig, dass die Politik transparent operiert.

Wir haben Ihnen im Sommer 1998 erstmals eine Legislaturplanung öffentlich vorgelegt und dann im Jahr 2000 eine erste Halbzeitbilanz gezogen. Es ist eigentlich schade, dass die SP nach dieser langen Zeit nach wie vor die einzige Partei im Kanton Bern ist, die in einer solchen Offenheit arbeitet. Die anderen Parteien möchten offensichtlich nicht in dieser transparenten Art und Weise politisieren – oder scheuen den Aufwand, der mit dieser Art der politischen Arbeit verbunden ist.

Die SP-Grossratsfraktion hat Ihnen im Juli 2002, also rund 2 Monate nach den letzten Wahlen, Ihre Ziele für die Legislatur 2002 bis 2006 an einer Medienkonferenz im Detail aufgezeigt. Diese Legislaturziele der SP-Fraktion standen unter dem Titel „Reform und Innovation“.

Ich bin überzeugt, dass Sie als Beobachter der bernischen Kantonalpolitik meine Einschätzung teilen, dass sich die SP in den letzten vier Jahren als Reformkraft in diesem Kanton etablieren konnte. Wir werden im Detail auf die entscheidenden Punkte noch zu sprechen kommen, stellvertretend möchte ich an dieser Stelle aber kurz erwähnen:

- ◆ **1. Die Wahlkreisreform:** Die Neugestaltung der Wahlkreise im Kanton Bern war ein grosser Erfolg der SP. Ich erinnere mich gut an die Zeit, in welcher wir intensiv an diesem Projekt gearbeitet haben. Viele – auch Medienschaffende – haben immer wieder gewarnt und gesagt, das Ganze werde am Schluss noch kippen – sei es im Grossen Rat, weil die FDP halt doch wieder den Schutz der SVP sucht, oder sei es in der Volksabstimmung. Am Schluss erreichten wir aber eine tief greifende Veränderung der politischen Landschaft im Kanton Bern: Über 70% der Stimmenden haben der Wahlkreisreform zugestimmt.
  
- ◆ **2. Die Bezirksreform:** Die SP-Fraktion hat seit 1998 immer wieder Druck gemacht, damit die längst überfällige Bezirksreform nicht in irgendeiner Schublade versenkt wird. Dieser Druck war und ist auch dringend notwendig. Und wie Sie wissen, hat sich unsere Hartnäckigkeit gelohnt.

Ich bin ausgehend von diesen Projekten klar der Meinung, dass der Kanton Bern unter der starken politischen Arbeit der SP in den letzten vier Jahren ganz eindeutig reformfähiger geworden ist: Es konnten Projekte an die Hand genommen und umgesetzt werden, welche noch vor 10 oder 15 Jahren niemand gewagt hätte anzupacken.

Wir sind der klaren Überzeugung, dass dieser Reformprozess weitergeführt und ausgedehnt werden muss – mehr dazu am Schluss dieser Medienorientierung.

Wir kommen nun zur Bilanzierung unserer Legislaturziele in den einzelnen Direktionen. Hier gebe ich das Wort zuerst an die beiden neu gewählten Fraktions-Vize's – als erster spricht Bernhard Antener.

## **Text von Bernhard Antener, Fraktionsvizepräsident**

Es gilt das gesprochene Wort

### **SP-Erfolge beim Volk und im Parlament**

Mit einem Erfolg bei der Volksabstimmung über die Wahlkreisreform im September 2002 ist die SP-Fraktion in die Legislatur 2002 – 2006 gestartet. Und auch bei der Reform der kantonalen dezentralen Verwaltung, welche im Januar und März dieses Jahres beraten wird, stehen die Zeichen gut, dass sich die Grundidee der SP nach einem langen Hin und Her durchsetzen wird und nun ein mehrheitsfähiger Kompromiss vorliegt, welcher auch bei der bernischen Bevölkerung auf Zustimmung stossen dürfte.

Überhaupt hat sich die SP-Haltung bei wichtigen Volksabstimmungen durchgesetzt. Das galt sowohl bei der Übertragung der Einbürgerungskompetenz an die kommunalen Exekutiven, wie auch im Steuerbereich. Gerade beim Thema Steuern hat die SP-Fraktion im Grossen Rat mit ihren Forderungen regelmässig einen schweren Stand. Umso erfreulicher war es, dass eine SP-Motion für die Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Steuerpaket des Bundes erfolgreich blieb. Aber auch in der Volksabstimmung setzte sich die SP gegen den bürgerlichen Block sicher durch. Es resultierte aber noch ein grösserer Erfolg: Dank der geschickten SP-Taktik wurde der kantonale Steuerinitiative der Wirtschaftsverbände kein Gegenvorschlag des Grossen Rates gegenübergestellt. Hier zeigten die Warnungen der SP vor einem weiteren Abbau des service public gerade im ländlichen Raum bei einzelnen bürgerlichen Politikern Erfolg. In der Volksabstimmung wurde die masslose Steuer-senkungsforderung der Wirtschaftsverbände wuchtig verworfen worden. Die Linke vermochte die Bevölkerung zusammen mit dem Gesamt-Regierungsrat von ihrer Haltung zu überzeugen. Gerade in Budget- und Steuerfragen vertrat die SP sehr oft die Linie des Regierungsrates.

Wie zu erwarten war, blieb es an der Steuersenkungsfront trotz diesem Schock für die Steuersenker nicht lange ruhig. Von bürgerlicher Seite ist in der Zwischenzeit ein ganzer Strauss von neuen Steuersenkungsideen eingebracht worden. Der in der laufenden Rechnung gewonnene Spielraum droht wegen diesen bürgerlichen Begehrlichkeiten bereits wieder verloren zu gehen. Sonst wird ja immer der linken Seite vorgeworfen, sie gefährde mit ihren Forderungen das Erreichen von schwarzen Zahlen in der laufenden Rechnung. Die SP-Fraktion hat sich in der Frage von Steuersenkungen klar positioniert und ihre Haltungen bei der Behandlung der diversen Vorstösse wiederholt zum Ausdruck gebracht: Sie lehnt Steuersenkungen nicht von vornherein ab und ist bereit, in dem Umfang, wie der Kanton Bern im Rahmen des neuen Finanzausgleiches entlastet wird, bei gezielten Steuersenkungen mitzumachen. Deshalb hat sie auch die Motion Brand unterstützt. Diese Entlastungen sieht die SP-Fraktion am ehesten bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen.

Mit einem gewissen Erfolg betrieb dies SP auch Schadensbegrenzung bei den Revisionen von Personalgesetz, Lehreranstellungsgesetz und Spitalversorgungsgesetz. Sie unterstützte drei Referenden. Auch wenn am Schluss nur dasjenige beim Spitalversorgungsgesetz erfolgreich war, so zeigte es der bürgerlichen Mehrheit im Grossen Rat auf, dass die SP-Positionen im Rat auch bei der Bevölkerung auf Zustimmung stossen und die Anstellungsbedingungen nicht beliebig verschlechtert werden können.

## **Text von Margreth Schär, Fraktionsvizepräsidentin**

Es gilt das gesprochene Wort

### **Chancengleichheit in der Bildung und Reform der Spitalversorgung**

Die Finanzen, SAR- und Sparmassnahmen prägten stark die Legislatur 2002-2006. Es galt daher in erster Linie zu verhindern, dass durch allzu starken Abbau im Bildungswesen die Chancengleichheit auf der Strecke bleibt.

Gut gelungen ist das uns in der SAR – Debatte, wo wir die Budgetkürzungen bei den Lehrwerkstätten verhindern konnten.

Über die Lehrerbildung wurde viel diskutiert und dabei trat die Weiterbildung in den Hintergrund. Ein SP- Vorstoss hat auf die Wichtigkeit der Lehrerweiterbildung hingewiesen und bewirkt, dass nicht alles was im Moment recht gut funktioniert, ohne weiteres über Bord geworfen wird.

Flächendeckende familienergänzende Kinderbetreuung ist ein entscheidender Bestandteil für die Chancengleichheit. Aus Spargründen und politischer Kurzsichtigkeit wurden die Tagesschulen aus dem Volksschulgesetz gestrichen. Dank einem SP-Vorstoss werden Tagesschulen nun wie die übrigen Kindertagesbetriebs-einrichtungen neu übers Sozialhilfegesetz unterstützt.

Die Kindertagesbetreuung war auch bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion ein zentrales Anliegen der SP. Mit verschiedenen Vorstössen und in Zusammenarbeit mit andern Parteien wurde erreicht, dass der Kanton Bern zusätzliche Mittel für die Kinderbetreuung bereitstellt um möglichst optimal von den Bundesgeldern der Anstossfinanzierung profitieren zu können.

Wie in der Erziehungsdirektion galt es auch in der Gesundheits- und Fürsorgedirektion unverhältnismässige Budget- Kürzungen zu verhindern.

Besonders der Behindertenbereich war von solchen Kürzungen betroffen. Bevor der NFA in Kraft tritt, der gerade im Behindertenbereich grosse Änderungen bringen wird, sollte auf willkürliche Kürzungen verzichtet werden. Fürs Budget 2003 vorgesehene Kürzungen konnten mit einer SP-Planungserklärung verhindert werden und für die wegfallenden Bundessubventionen beim Behindertentransport kommt dank SP-Intervention vorübergehend der Kanton auf.

Ein grosser Erfolg der Legislatur ist für die SP das Spitalversorgungsgesetz.

Die SP hat sich von Anfang an hinter dieses sehr sorgfältig ausgearbeitete Gesetz gestellt. Grosser Diskussionspunkt war der Schutz des Personals, der im Laufe der Beratung auf Antrag der Bürgerlichen noch verschlechtert wurde und im Grossen Rat zu heftigen Debatten führte.

Erfolgreich hat sich die SP dafür eingesetzt, dass es nicht zu einem offenen Referendum kam, welches das Gesetz hätte gefährden können. Der Volksvorschlag mit der Verankerung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) im Gesetz und der Verhinderung der Beteiligung von Privatspitälern an den Regionalen Spitalzentren (RSZ) lag ganz auf der Linie der SP.

Die Abstimmung wurde ein Erfolg, das Resultat entsprach der Parole der SP: Ja zum Spitalversorgungsgesetz und Ja zum Volksvorschlag, Ja zum GAV, Ja zum besseren Schutz des Personals.

In verschiedenen Gesetzen zuvor hat die SP ihr Anliegen den GAV im Gesetz zu verankern nicht durchgebracht. Die bürgerliche Mehrheit hat sich immer wieder einem wirksamen Schutz für das Personal widersetzt.

Das Volk aber hat ja gesagt und steht damit hinter einem wichtigen SP-Anliegen.

## **Text von Andreas Rickenbacher, Fraktionspräsident**

Es gilt das gesprochene Wort

### **Nachhaltigkeit im Bauwesen – Förderung der Wirtschaft**

Im Bereich der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion können wir folgende Bilanz ziehen:

Mit der Überweisung der Motion Kaufmann zur Förderung der Minergie-Bauweise konnte im Bereich einer nachhaltigen Bautätigkeit ein wichtiger Schritt in die Zukunft gemacht werden.

Mit dem Angebotsbeschluss 2005 bis 2008 konnte das Angebot im öffentlichen Verkehr gehalten werden. Dies ist gerade im Zuge von SAR und weiteren Sparideen bürgerlicher Politiker ein Erfolg. Auch das Projekt Tram Bern West, welches für den gesamten Kanton von grosser wirtschaftlicher Wichtigkeit ist, scheint nun auf der richtigen Schiene zu fahren.

Durchzogen ist die Bilanz im Bereich der Ökologie: Die links-grüne Allianz konnte zwar die bürgerlichen Gelüste, im Bereich der Gewässerrenaturierung die Fördermittel zu kürzen, durch ein erfolgreiches Referendum stoppen. Hingegen konnte die Demontage des Amtes für Natur nicht verhindert werden.

Eine grosse Herausforderung wird künftig zudem das Eindämmen der Zersiedelung im Kanton Bern darstellen: Unsere nach wie vor intakte Landschaft ist ein Trumpf im Standortwettbewerb als Wohnkanton. Dieser darf in den kommenden Jahren nicht leichtfertig aus der Hand gegeben werden – dafür wird sich die SP im Rahmen der Raumplanungsgesetzgebung und –umsetzung einsetzen.

Zum Schluss schliesslich noch die Bilanz zum Bereich der Volkswirtschaft:

Mit dem SP-Tourismusleitbild wollen wir in den Regionen Möglichkeiten für ein nachhaltiges Wachstum schaffen. Gestützt auf unser Leitbild setzte sich die SP-Fraktion bei der Beratung des Tourismusentwicklungsgesetzes für einen nachhaltigen Tourismus und ein Finanzierungsmodell ein, das den Regionen ermöglicht, ihren Tourismus weitgehend aus eigener Kraft zu entwickeln. Dabei mussten auch für Regionen mit wenig Übernachtungstourismus und geringen Erträgen aus Beherbergungsabgaben und Kurtaxen Lösungen gefunden werden, damit auch da genügend Mittel für die regionale Entwicklung zur Verfügung stehen. Die SP-Fraktion erreichte, dass in Zukunft ein grosser Teil der spärlichen staatlichen Mittel zwingend für solche Regionen zur Verfügung stehen müssen.

Weiter hat sich die SP Fraktion in den letzten Sessionen stark dafür eingesetzt, dass das grosse Potential, welches der Kanton Bern im Bereich der Bildungsinstitutionen hat, vermehrt auch zu Förderung der bernischen Wirtschaft eingesetzt wird. Diesen Aspekt werden wir in der kommenden Legislatur noch verstärken.

Erfolgreiche Vorstösse konnte die SP im Bereich der Schwarzarbeit, beim Marketing für den Standort Kanton Bern und bei der Forderung nach Massnahmen zur Stärkung des Bevölkerungswachstums lancieren.

## Schlussbemerkungen

Die SP-Fraktion stellt, auch zusammen mit verbündeten Fraktionen, keine Mehrheit im Grossen Rat des Kantons Bern. Vor diesem Hintergrund sind wir stolz darauf, was wir in den vergangenen vier Jahren im Interesse des Kantons Bern erreichen konnten. Dies war nur möglich, dank einer seriös und kompakt arbeitenden Fraktion.

Wagen wir ganz zum Schluss einen Blick in die neue Legislatur 2006 bis 2010:

Aus der Sicht der SP hätte der Kanton Bern eigentlich ein grosses Chancenpotential:

- Wir haben eine gut ausgebaute Infrastruktur,
- einen funktionierenden und effizienten Service Public,
- eine nach wie vor hohe Lebensqualität,
- international gesehen sehr tiefe und national eine vernünftige Höhe der Steuerbelastung,
- und mit der Universität und der Fachhochschule sehr wichtige Bildungsinstitutionen.

In der Vergangenheit wurden diese Chancen aus unserer Sicht leider viel zu wenig genutzt. Dies in erster Linie aus der Unfähigkeit der bernischen Mehrheitspolitik heraus, sich Veränderungen zu stellen und eine aktive und mutige Zukunftspolitik zu gestalten.

Wir haben in den vergangenen vier Jahren gezeigt, dass man auch aus einer Minderheitsposition heraus eine offene und zukunftsgerichtete Reformpolitik auslösen kann.

Dies wollen wir in der kommenden Legislatur verstärken: Die Reformen, welche im Bereich der Aufbaustruktur des Kantons an die Hand genommen wurden, müssen auf Wirtschaft und Gesellschaft ausgedehnt werden. Wir wollen in diesem Kanton mehr Bewegung... und wir wollen ihn damit fit für die Zukunft machen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehen Ihnen nun für Fragen gerne zur Verfügung.